

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerhalb monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 100 Pfg., von auswärts 125 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 300 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahmest. u. Exped. 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postkontokonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 110

Mittwoch, den 12. Mai 1920

11. Jahrgang

Immer näher rückt die Wahlschlacht.

Schon am nächsten Sonntag, den 16. Mai von 9 Uhr vormittag bis 6 Uhr nachmittag wird gewählt!

Wählerinnen und Wähler! Arbeiter! Bürger, Volksgenossen! Niemand, dem das Wohl und die Zukunft Danzigs am Herzen liegt, darf bei dieser Abstimmung fehlen! Es geht ums Ganze, wie noch nie zuvor, es geht um unsere Gegenwart und noch mehr um unsere Zukunft! Wer darum unser Danzig zu einem wahren Freistaat wirklicher Freiheit und Wohlfahrt machen will, der muß, ob Bürger oder Arbeiter, Mann, Frau oder Mädchen, am

Sonntag für die Sozialdemokratische Partei stimmen!

Ihre Kandidatenliste verdient allein das Vertrauen der Wählerschaft. Sie beginnt mit den Namen:

Dr. Zint, Gehl, Grünhagen, Brill.

Bürgertum und Sozialdemokratie.

Gestern abend hatte die sozialdemokratische Partei ihre Anhänger zu einer letzten großen Horechau vor der Wahlschlacht nach der Sporthalle zusammenberufen. Und froh und stolz können wir heute bekunden, daß die Sozialdemokratie die Partei der Massen geblieben ist. Trotz aller Verhöhnungen und Verleumdungen, die von rechts und links in den letzten 1 1/2 Jahren gegen sie geschleudert worden sind. Wie hätte die Sporthalle wohl eine größere Menschenmenge gefaßt, als gestern abend. Selbst in den Galerien und auf den hinteren Rängen standen die Massen gedrängt Kopf an Kopf. Und zwar die Massen der Sozialdemokratie. Was besagte demgegenüber das Häuflein der Kommunisten mit ihrem unabhängigen Anhang. Gewiß, sie konnten am Schluß die Versammlung durch Reden, Winken, Tummeln und Führtampeln hören. Aber sie gaben den großen Massen der Anwesenden das Gefühl, daß die Sozialdemokratie allein die Kulturpartei ist, und das erfüllt uns mit doppelter Freude. Keine Gewalt und Maulheldentum haben in der Geschichte der Menschheit noch immer elenden Schicksalbruch gelitten. Aber der Gedanke des Sozialismus, wie ihn die Sozialdemokratie vertritt und wie sie ihn zum Gemeingut der großen Mehrheit des ganzen werktätigen Volkes machen will, wird sich siegreich durchsetzen trotz alledem und alledem.

Die Versammlung wurde von unserm Parteivorstandenden dem Genossen F o o k e n geleitet. Er teilte mit, daß der als dritter Referent vorgesehene Genosse Grünhagen am Erscheinen verhindert war und gab dann dem Genossen Dr. Zint das Wort zu seinem Vortrag über „Bürgertum und Sozialdemokratie“. Genosse Dr. Zint ist kein Redner des begeisterten Temperaments. Er spricht eindringlich und ohne Leidenschaft. Aber seine stets überzeugenden Ausführungen sind von tiefster Echtheit durchdrungen. Was aber ihnen den besonderen Wert gibt, das ist das Gefühl, das sie bei allen Hörern erwecken: Hier spricht ein Mann aus innerster Überzeugung, ein Mann, dem der Sozialismus Religion geworden ist. Und in zentraler Gestalt selbst die Kommunisten, die sicherlich mit dem Man gekommen waren, die Versammlung schon beim Beginn zu sprengen, in seinen Bann. Sie machten einige Zwischenrufe. Aber Genosse Zint fand den klümmlichen Beifall der großen Versammlung, als er den Arbeiter nachwies, daß sie in den anderthalb Jahren seit der Revolution keine praktische Arbeit für die Befreiung der Arbeiterklasse geleistet hätten, daß es aber unendlich leicht und bequem sei, das Werk anderer zu kritisieren und herunterzureißen. Die Ausführungen des Referenten gipfelten in der Hauptsache in dem Nachweis, daß die Sozialdemokratie die Kulturpartei der schaffenden Arbeit ist, die allein die Ideale des freiheitlichen Bürgertums als allgemeine Menschheitswerte treu behütet.

Nachdem Genosse Zint seine Ausführungen unter dem klümmlichen Beifall der Versammlung geschlossen hatte, sprach Stadtd. Genosse K e e l über die „Ernährungsverhältnisse im Freistaat“. Er ist als Gewerkschafter und Arbeitersekretär mit diesen Fragen vertraut. Er schilderte die Schwierigkeiten, denen das Wirtschaftsleben des Freistaates ausgesetzt ist.

Die Arbeitgeber erklären, daß die dauernd steigenden Lohn- und Gehaltsforderungen der Arbeiter und Angestellten die Konkurrenzfähigkeit der Danziger Industrie untergraben werde. Über die Arbeiter und Dinge sollten sich zu diesen Forderungen gezwungen, da die Preise für die Lebens- und Bedarfsmittel dauernd in die Höhe gehen. Im Freistaat Danzig werden die Lebensmittel systematisch verteuert. Genosse Keel berichtete über die Wirtschaften der Agrarier, die er bereits mehrmals in den Stadtverordneten-Sitzungen kritisiert hat. Von den bäuerlichen Parteien nahm er sich besonders die „Freie Wirtschaftliche Vereinigung“ vor. Diese erklärt dauernd, daß sie von Politik nichts wissen, aber um so eifriger die Danziger Wirtschaftstragen behandeln wolle. Bisher habe aber dieses famose Parteigebilde und ihr Leiborgan, die „Danziger Neuesten Nachrichten“, zu allen Schröpfungen der Komponenten durch die Agrarier geschwie-

gen. Ihr Vertreter im Wirtschaftsausschuß des Freistaates hat sogar als einziger Konsumentenvertreter für die wucherische Erhöhung des Milchpreises gestimmt. Wer daher eine Regelung der Ernährungsverhältnisse im Freistaat zum Besten unsers ganzen Volkes wolle, der muß am 16. Mai für die sozialdemokratische Liste stimmen.

Als Vertreterin der Frauen nahm dann die Genossin Toni Wohlgenut das Wort. Sie führte den anwesenden Frauen vor Augen, was bei den Volksstimmwahlen auf dem Spiel steht. Besonders wandte sie sich dann gegen die Verdächtigungen der Unabhängigen und Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten.

Als Vertreter der Kommunisten nahm dann Herr M a r b e r g das Wort. Er erging sich wie üblich in den üblichen Verdächtigungen gegen unsere Partei. Die Reformierung aber bewies große Geduld und hörte seine Ausführungen ruhig an. Marberg aber wollte offensichtlich die freie Meinungsäußerung zu den üblichen Vergewaltigungen der Versammlung mißbrauchen. Genosse F o o k e n machte ihn deshalb darauf aufmerksam, daß sich noch eine Reihe anderer Redner einreihen würde, die den verschiedensten Parteien angehören, und noch zu Wort kommen müßten. Die Reformierung beschloß darauf die Beschränkung der Redezeit auf 10 Minuten. Davon wollten jedoch die Kommunisten nichts wissen und lehten mit einem mühen Reden ein. Marberg verließ das Rednerpult erst, als der Vorsitzende drückte, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen. Als nächster Redner sollte der Unabhängige Schmidt sprechen. Aber die Kommunisten lehten ihr Vorkommen systematisch fort. Einen überaus lästigen Anstoß boten die Unabhängigen. Ein Anstoß von ihnen drückte ihre Empörung über das römisch-katholische Betragen der Kommunisten aus gegenüber dem während anderer Unabhängiger ihre Brüder von links im Rednerpult nach zu übertraumeln ließen. Es war überaus charakteristisch für die kommunistischen „Renegatentum“, daß sie nicht einmal einen Unabhängigen neben sich ließen. Um nicht den praktischen Eindruck, den die Versammlung bei den Teilnehmern erweckt hatte, durch das Rednerpult zu zerstören zu lassen, ließ Genosse F o o k e n kurzerhand die Versammlung. Die Unabhängigen aber hatten wieder einmal am eigenen Leibe gespürt, wohin die Radikalfahrt führt, die sie als erste gegen die Sozialdemokratische Partei angewandt haben. Der Unabhängige Schröder hatte mehr als recht, wenn er in seiner „Bingener Volksstimme“ das systematische Radikalisieren als „Diktatur der Felle“ bezeichnete. Dem Herrn Marberg möchten wir übrigens noch bemerken, daß er nicht einmal der kommunistischen Partei angehört, sondern von deren Zentrale kürzlich wegen unläuterer Machinationen hinausgeworfen wurde.

Genosse Dr. Zint führte in der Hauptsache aus:

Schon viermal im Laufe von einundhalb Jahren wiederholt sich daselbe Bild: in Versammlungsräumen dicht gedrängte Wählermassen und vom hohen Podium herab „Preisend mit viel schönen Worten“ ihr Programm und ihrer Kandidatenliste. In diesem Jahr ist die Redezeit so kurz, daß sich erneuernde Kämpfe haben wir Sozialdemokraten es schwerer, als alle anderen Parteien. Schwerer deswegen, weil einmal uns nicht die zum Teil gewaltigen Geldmittel der anderen Parteien zur Verfügung stehen. Schwerer aber vor allen Dingen auch deshalb, weil unsere Arbeit und Ziele sich nicht erschöpfen in dem Hinweis auf ein paar schon längst bekannte Programmpunkte, sondern weil das, was wir wollen und erstreben, nicht so leicht dem Verständnis zugänglich ist. Weil ja eben die übergroße Mehrheit von Sozialisten und von der Sozialdemokratie nur das weiß, was in der beherrschenden Presse, d. h. der sogenannten „bürgerlichen“ Presse, über uns zu lesen steht. Und ich glaube, es gibt sehr wenige, von all den vielen, die sich heute zu unseren Gegnern bekennen, die da wissen, wie es eigentlich mit uns beschaffen ist. Ich sprach gern, um an Stelle schon klingender Worte aus unserem Programm, an Stelle eines Renommierens mit der Kandidatenliste einmal wieder Grundbegriffe zu sagen. Aber das, was uns eigentlich bewegt, deshalb habe ich das heute im politischen Kampf viel gebrauchte Wort „Bürger-

tum“ gewählt. Sie alle wissen, es ist sowohl bei unseren Gegnern wie bei uns selbst die einfache Prägung für alle, die nicht zu uns gehören, die „bürgerlichen“, das „Bürgertum“. Woher kommt denn dieser Unterschied, wodurch unterscheiden wir Sozialdemokraten uns vom Bürgertum? Sind wir denn nicht Bürger, wie Sozialdemokraten? Sind wir denn nicht auch Staatsbürger mit denselben Rechten und Freuden, mit denselben staatsbürgerlichen Rechten, wie die anderen sogenannten „Bürger“? Trotzdem wissen wir, daß es im Freistaat Danzig eine große angelegte Einigungspartei gegründet worden ist unter dem Schlagwort „Einigung aller Bürgerlichen“. Wir Staatsbürger gehören selbstverständlich nicht dazu und nicht zu denen, die sich auf jenes Programm, ein rein wirtschaftliches Programm, einigen wollen. Weiterhin lesen wir sogar, daß diese Partei und alle anderen Parteien sich wiederum geeinigt haben, indem sie alle ihre Listen miteinander verbunden haben. Eine bürgerliche Einigungspartei also, darüber hinaus noch eine große Listenverbindung aller bürgerlichen Parteien und wir Sozialdemokraten stehen für uns allein. Was einigt nun all diese vielen und was trennt sie von uns? Wenn man etwa meint, es ist der Unterschied zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum, so läßt sich dieser Unterschied nicht so ohne weiteres angeben, denn wenn Sie unsere Liste ansehen, so finden Sie dort neben Handarbeitern auch Kapitalarbeiter. Man findet Feuchte, Angestellte, Kaufleute, ganz verschiedene Gruppen von Menschen, von Berufsweigen, die ja auch in den sogenannten bürgerlichen Listen vorgezeichnet sind. Umgekehrt legen die sogenannten bürgerlichen alle sehr großen Wert darauf, auf ihren Listen auch Arbeiter zu haben. Der Unterschied zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie muß also tiefer liegen. Das französische Wort „Bourgeoisie“, das Sie alle aus dem politischen Kampf kennen, hat die Bedeutung der Vertretung des beweglichen Vermögens, des Gewerbes, der Industrie, die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung. In der französischen Revolution war eins der ersten Dinge, die Erlangung der Gerechtigkeit und der Bürgerrechte. Später trat die Bourgeoisie wegen die bisher überredlichen Stände, den Adel und die Geistlichkeit. Das Bürgertum in diesem Sinne hat sich gesellschaftlich unverfälscht verdient erworben. Das Bürgertum im damaligen Zustand ist es gewesen, welches das Prinzip der rechtlichen Gleichheit, der rechtlichen Gleichheit für alle erlangte. Das aber, meine Damen und Herren, ist nicht das Prinzip der wirtschaftlichen Gleichberechtigung. Damit, daß die Bourgeoisie den alten Adel und Grundbesitz ablöste in der politischen und wirtschaftlichen Herrschaft begann die Periode, die wir die Periode des Kapitalismus nennen. Und während zunächst die Überwindung der alten Grundbesitzherrschaft ein Fortschritt war, entwickelte nunmehr diese Periode des Kapitalismus in zunehmendem Maße wieder ihre Schäden und Mängel und mehr und mehr hörte das alte Bürgertum auf, zu sein, was es gewesen war. Und heute wenn wir vom Bürgertum sprechen, ist das nicht mehr schlechthin gleichbedeutend mit Bourgeoisie, denn wie wenige von dem sogenannten Bürgertum sind denn heute gleichbedeutend mit den Inhabern des großen Kapitals und der großen Produktionsmittel? Heute ist Großbürgertum und Kleinbürgertum durch eine ungeheure Mittelschicht, das Großbürgertum, das sich ja in der Vergangenheit weniger, schämen wir uns, die 3 oder 4 Prozent, die heute die gewaltigen Apparate unserer Industrie, unsere Banken, unsere Banken in der Hand haben und von dortaus den Wirtschaftsprüfung leiten und beherrschen und die große Masse der anderen, die Kleinbürger, die befinden sich in der Abhängigkeit von dieser kleinen Schicht der Großbürger. Allenfalls hören Sie heute die Überzeugung laut werden: „Arbeit, nur Arbeit kann uns retten!“ Also nicht der Grundbesitz, nicht das Kapital, sondern die Arbeit ist es, davon ist unsere Welt überzeugt, die Rettung bringen kann. Konkreter auf Grund der Kriegserfahrungen bestätigt sich, was wir von jeher vorausgesetzt haben, und aus guten Gründen vorausgesetzt haben, daß immer mehr Menschen herabgestoßen werden aus dem dritten in den vierten Stand. Dieser Arbeiterstand, der war nicht durch die französische Revolution befreit worden. Er war in Abhängigkeit geblieben, ja er war in dieser kapitalistischen bourgeoisen Epoche in immer größerer Abhängigkeit geraten. Immer mehr Massen sind proletarisiert worden, immer mehr haben am eigenen Leibe gefühlt, daß

(Fortsetzung siehe 3. Seite.)

Haltet den Dieb!

Die bürgerlichen Parteien bekommen das Wahlrecht. Am ehesten und kürzesten die Herren von ganz rechts. Sie sind in einer nicht ganz beneidenswerten Lage. Die Wahlen, deren baldige Ausschreibung sie als Vorwand für ihren Fortschritt gebrauchen, machen ihnen schwere Sorgen. Das militärische Abenteuer hat viele der besten Kraftschimmern jenseits der Meere in ihrer politischen Vohrgewerke gelassen. Die Einheitsfront der Arbeiter war ein böses Omen, und es ist sich darum zu denken, wenn sie per se die besten Hoffnungen machen, einen Teil der öffentlichen Meinung zu gewinnen und ihre Seite zu nehmen. Die alte Arbeiterbewegung wird aber in der Nacht und den Tagen ein. Einmal die über einen bestimmten Punkt der Volksherrschaft.

Die deutsche Regierung hat auch das Recht zu einer ähnlichen Identifizierung vorgehen. Denn wenn man sich die Verhältnisse der Reichswehr anschaut, so sieht man, dass die deutsche Regierung die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

als gewolltes und beabsichtigtes Unternehmen. Wir erinnern nur an folgende Stellen des Ledebourischen Artikels vom 5. Januar:

Die Januarbewegung war der historisch notwendig gewordene Teilweise dafür, daß es dem Berliner, daß es dem deutschen Proletariat erst war mit der Revolution. Es war eine Probe auf die Lebensfähigkeit der beiden Parteien (U. S. P. und K. P. D. Red.). Die Stimmung in der Siegesallee... war derart überwältigend, daß an ein Zurück gar nicht mehr gedacht werden konnte. Die revolutionären Elemente hatten nur noch darüber zu beraten, ob sie mit uns auf die Arbeiterbewegung kommen oder den weiteren Schritt zum Sturz der revolutionärsfeindlichen Regierung tun wollten. Bei uns befehlen war das gar keine Frage mehr. Denn eine liberale Abwehr hatte natürlich automatisch den Sturz der Regierung herbeigeführt.

Ledebour hat auch das Recht zu einer ähnlichen Identifizierung vorgehen. Denn wenn man sich die Verhältnisse der Reichswehr anschaut, so sieht man, dass die deutsche Regierung die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

2. Personen, die mehr als 66 2/3 Proz. erwerbsbeschränkt sind.

3. Personen, die unmittelbar vor Eintritt der Erwerbslosigkeit einen selbständigen Erwerb gehabt haben.

4. Personen, die im letzten Jahre vor dem 10. Januar 1920 nicht mindestens 6 Monate insgesamt Arbeit gegen Lohn oder Gehalt verrichtet haben.

Erwerbslosenunterstützung darf im Laufe eines Jahres bezogen werden:

1. von Personen, die Haupternährer einer Familie sind, nur für die Dauer von 20 Wochen.

2. von anderen Personen nur für die Dauer von 13 Wochen mit der Maßgabe, daß die Frist nicht vor dem Tage des Austritts aus dieser Unternehmung zu laufen beginnt.

Der Kürzungsentscheid ist beschränkt in einzelnen Fällen aus besonderen Gründen von den vorbenannten Einschränkungen abzuweichen.

Die neue Auslieferungsliste.

Unter den 48 Namen, die auf der neuen Auslieferungsliste stehen, befinden sich vier Hauptkommandanten, die der Tarnbezeichnung englischer Heereskräfte beim italienischen Schiffe befehligten waren: General Stenger wegen des Befehls zur Niederschlagung von Gefangenen und Verwundeten und die Offiziere, die bei der Ausführung dieses Befehls mitgewirkt haben sollen: Generalmajor Bittow, General v. Böhm (wobei die Mäßigkeit einer Verweigerung v. Böhm anzunehmen ist); General v. Langemann, Major von Sacken und eine Anzahl von Offizieren wegen verschiedener Gewalttätigkeiten: der Lagerkommandant Krüger und der Kommandeur von Kassel wegen angeblicher Verhöhnung einer Leibespolizei;erner die Generale v. Oren, früher Gouverneur von Mek. Scholtz, Kommandeur des Lagers Hohenfels, Hauptmann Kommandeur der 26. militärischen Vertriebsdivision wegen angeblicher Gewalttätigkeiten und Mißhandlungen, der Arzt Doktor Michelson wegen angeblicher Tötung, Mißhandlung und Verwundung von Gefangenen und Verwundeten. Die Angeklagten sollen vor das Reichsgericht in Leipzig gestellt werden.

Ende des oberirdischen Generallstreiks.

Preußen, 11. Mai. (B. T. Z.) Die polnischen Gewerkschaften erlassen einen Aufruf, Mittwoch früh die Arbeit wieder aufzunehmen.

Ausland.

Englands Schadenssprüche überreicht.

Auf eine parlamentarische Anfrage bezüglich der deutschen Ansprüche auf England geantwortet, hat die britische Regierung folgende Erklärung abgeben: Die britische Regierung ist im Begriff, die Ansprüche der deutschen Regierung aufzuheben, die für die Reparationskommission unterbreitet wird. Diese Kommission hat zu entscheiden, welche von den Forderungen zulässig sind. Sobald die Entschädigungszahlung begonnen hat, sollen die gesamten Beträge in das Eigentum der britischen Nation über. Einzelne Individuen erhalten Kompensation für erlittene Schäden nur durch eine Art „Credit“ der Regierung. Aus dem ersten eingehenden Entschädigungsforderungen wird ein Reservefonds von hundert Millionen Pfund gebildet, der für die Bezahlung der individuellen Entschädigungen verwendet werden soll.

Waffenstillstand in Ostibirien.

Zus Tokio wird gemeldet: Die Sowjetregierung in Wladivostok verpflichtet sich, eine allgemeine Amnestie zu erlassen. Die Feindseligkeiten sind eingestellt. Die russischen Truppen ziehen sich bis zu 30 Kilometer auf beiden Seiten der Murrin- und Eschgang-Eisenbahn zurück. Ohne vorhergehendes Einverständnis mit Japan darf keinerlei russische Truppenverlegung erfolgen. In keinem Falle dürfen die russischen Verbände gegen die Insel Sachalin noch gegen Transbaikalien angezogen werden. Die Eisenbahn wird zu festgelegten Bedingungen einem internationalen Komitee unterstellt. Waffen und Munition verfallen der Beschlagnahme durch die Japaner. Die Japaner haben auch das Recht, bis zur Räumung Ostibiriens die augenblicklich von ihnen besetzten Kasernen weiter zu benutzen.

„Hardschloot“ meldet aus Amsterdam: Nach einem drakonischen Verbot aus Paris sind die Hauptbestimmungen des zwischen Japan und Japanern in Wladivostok abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrages folgende: Weidseitige Einstellung der Feindseligkeiten, Zurückziehung der Truppen auf 30 Kilometer auf beiden Seiten der Eisenbahn, Aufrechterhaltung der Ordnung durch bemessene Bürgerwehr und Befreiung aller Gefangenen durch die Japaner.

Das englisch-japanische Bündnis verlängert.

Amsterdam, Antwerpen wird berichtet, daß das japanisch-englische Bündnis auf sieben Jahre verlängert worden ist. Der Vertrag soll dem Völkerbund vorgelegt werden (der bekanntlich gegründet wurde, um alle besonderen Bündnisse überflüssig zu machen und auszuschalten).

Bündnis zwischen Sowjetrußland und den türkischen Nationalisten.

„Nieuwe Courant“ entnimmt der „Times“-Meldung über einen in Lissabon zwischen der Sowjetregierung und den türkischen Nationalisten abgeschlossenen Militärvertrag folgende Einzelheiten: Die türkischen Unterzeichner verpflichten sich, in allen Ländern dieselbe Verfassung einzuführen wie sie in Sowjetrußland besteht. Das türkische Heer wird sofort militärische Operationen in Moskau an der türkisch-sowjetischen Grenze beginnen. Die nach der Türkei geschickten Hochverräter werden der Sowjetregierung ausgeliefert. Das Gebiet von Konstantinopel bleibt türkisch. Die Befestigungen am Bosporus und in den Dardanellen werden gelockert. Sowjetrußland unterteilt die Türkei moralisch und materiell und hilft bei der Verteidigung der unabhängigen Länder. Die „Times“ bemerkt dazu: Weder Georgien noch Armenien hätten bisher das Ultimatum Sowjetrußlands auf Einhaltung der Sowjetverfassung und Auslieferung von Flüchtlingen angenommen.

Deutschlands Last 150 Millionen jährlich.

Die die „Daily News“ schreiben, haben sich die englische und französische Regierung einig über das Entschuldigungsverfahren gemacht. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Gegen die schwarze Schmach.

Der Reichstag hat gestern ein Antrag der Reichsregierung angenommen, durch den die Reichsregierung sich verpflichtet, die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Ein erklärlicher Konkurs.

Der Reichstag hat gestern ein Antrag der Reichsregierung angenommen, durch den die Reichsregierung sich verpflichtet, die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Das Grobhaus ist ein einmündiges benutztes Kopierwerkzeug.

Das Grobhaus ist ein einmündiges benutztes Kopierwerkzeug. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge.

Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Erwerbslosenunterstützung erhalten fortan nicht mehr:

- 1. Personen, die das 66. Lebensjahr überschritten haben.

Deutschland.

Ohne Ledebour kein Rüttwig.

Der „Vorwärts“ schreibt: Ledebour, der deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten. Die deutsche Regierung hat die deutsche Arbeiterbewegung nicht als einen Feind betrachtet, sondern als einen Verbündeten.

Aus dem Roten Hause Danzigs.

Stadtverordnetenversammlung am 11. Mai.

Bei der Eröffnung der Sitzung durch den Stadtverordnetenpräsidenten Herrmann waren etwa 40 Stadtverordnete zugegen. Eine Reihe von Wahlen erfolgte einstimmig nach den Vorschlägen des Wahlausschusses. In den Vorrat zum Besatz- und Brennstoffversorgungsverband Danzig wurden von der Sozialdemokratischen Fraktion Genosse Grünhagen und als sein Stellvertreter Genosse Reel gewählt. Der Vorstand der von 5 Angestellten und Arbeitern des städtischen Schloss- und Schlosses wurde zugestimmt. Den nächsten Oberlehrern und Lehrern bewilligte man, ohne Debatte, einstimmig eine Aufbesserungszulage von 300 Mark, den Oberlehrerinnen und Lehrerinnen eine Zulage von 150 Mk. nachträglich für das Haushaltsjahr 1919/20. Die Gesamtsumme beträgt 170.000 Mark.

An den höheren und Mittelschulen, sowie durchschnittlich an einigen Volksschulen soll freiwilliger polnischer Unterricht erteilt werden. Die Kosten sind mit 12.000 Mark veranschlagt.

Stadtver. Mahn (Unabh.) fand die Vorlage erfreulich, wünschte aber, daß der polnische Unterricht auch in den Volksschulen erteilt wird.

Stadtver. Dr. Strunk erwiderte, daß man bereits an drei Volksschulen solche Klassen einrichtete. Es seien dabei Schwierigkeiten zu überwinden. Polnischer Sprachunterricht soll auch an der Fortbildungsschule, Handelsschule und höherer Handelschule erteilt werden.

Stadtver. v. Morstein (Dem.) trat für den polnischen Unterricht ein. Es sei dies eine wirtschaftliche, keine nationale Frage. Stadtver. Maier (Deutsch.) mündete die Gründung einer sozialen Frauenschule und eines Kindererziehungsseminars.

Stadtver. Landmann (Zentrum) wünschte, daß den Anregungen ihrer Vorrednerin später Folge geleistet wird. Die Vorlage wurde angenommen.

Für Einrichtungen für den Hebergang von der Mittelschule zur Mittelschule wurden 5000 Mark bewilligt; ferner 2000 Mark für die veranschlagte Einrichtung einer Tischlerklasse an der Schulpfortuna. Für die Errichtung eines deutschen Volksschulkindergartens bewilligte man 7400 Mark. Der Magistrat beabsichtigt, auf dem Siganenberger Gelände eine Fabrikanlage für Luftkondensationsmaschinen für 150.000 Mark zu schaffen.

Stadtver. Brunzen (Deutsch.) wolle mit, daß die Besizerin der Ziegelei Schödelkau, Fräulein Meiermann, sich hinsichtlich an die Stadtverordneten gewandt habe, und ihre vorläufigen Lehmsiegel empfiehlt. Er wünschte, mit ihr zu verhandeln. Stadtbaurat Fehlhauer erklärte, daß Lehmsiegel einen Transport nicht gut vertragen. Zweckmäßig sei, die Ziegel an Ort und Stelle zu gewinnen und zu verarbeiten. Außerdem verarbeite die Ziegelei Schödelkau sehr schlechten Ton.

Stadtver. Genosse Grünhagen vertrat die Ansicht, daß der vorhandene Ton nur für etwa zwei bis drei Jahre reicht. Er wünschte deshalb Verlegung zur nachmaligen Veranlagung.

Stadtbaurat Fehlhauer erwiderte, daß sich die Anlage nach anderen Fundstellen transportieren lasse.

Stadtver. Schiemann (Z. M. D.) trat für die Vorlage ein. Stadthausinspektor Prof. Fischer teilte mit, daß die städtische Anlage laufend lufttrockene Ziegel für 120 Mark liefern könne, also weit leistungsfähiger als Privatunternehmen sei.

Nachdem noch Stadtver. Schmiljan (Dem.) für die Vorlage eingetreten war, wurde der Verlagsantrag abgelehnt und die Anlage beschlossen.

Der Besizer der Strandhalle Weichselmünde, Siedler, wünschte von der Stadt einen Zuschuß von 20.000 Mark zur Errichtung einer Badeanstalt in Weichselmünde.

Stadtver. Genosse Behrend

erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion den Antrag eingehend geprüft habe und deshalb nicht für ihn stimmen könne.

Weichselmünde sei in erster Linie Freibad. Dem Unternehmer konnte es nur darauf anfallen für sein Lokal zu gewinnen. Wenn das Bedürfnis vorhanden sei, möge man eine städtische Badeanstalt bauen. Eventuell könne die Genehmigung eines zusätzlichen Bades in Frage.

Stadtver. Dr. Schilje (Deutsch.) trat für die Bewilligung ein. Magistratssekretär Maier-Parkhausen war der Ansicht, daß die Anlage einer städtischen Badeanstalt unrentabel sei. Siedler habe ein zinsfreies Darlehen abgelehnt.

Stadtver. Genosse Grünhagen

lehnte den Antrag ab. Der Besizer wünscht auf Mitteln der Stadt eine Badeanstalt, den Geldes wolle er einstecken. Durch Erweiterung des Betriebsbereiches erziele er noch einen höheren Gewinn. Ohne Sicherheit dürfe die Summe nicht gegeben werden. Die Badeanstalt muß Eigentum der Stadt bleiben.

Stadtver. Genosse Reel

französischen Garantie gegeben sei, daß die geforderte Summe auch tatsächlich zu dem Bau der Anlage verwendet werde?

Stadtver. Frau von (Unabh.) sprach sich ebenfalls gegen die Vorlage aus. Mittel der Allgemeinheit dürfen nicht zur Bereicherung Einzelner dienen. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Unabhängigen und des Zentrums wurden die 20.000 Mark leihbar bewilligt.

Ein Magistratsantrag wünschte für die Beamten und Angestellten einen weiteren

Vorschlag auf die zu erwartenden Gehaltserhöhungen.

Es sollen erhalten die Beamten, Beamtinnen und männliche Angestellten der Gruppe 3 je 800 Mark; die weiblichen Angestellten der Gruppe 3 je 640 Mark; die Angestellten der Gruppe 4 je eine Monatsveranlagung. Der Gesamtbetrag stellt sich hiernach auf 1710.000 Mark.

Stadtver. Schmiljan (Dem.) bedauerte, daß die Beförderungsreform noch nicht vollzogen ist. Er fragte den Magistrat, wann die Beförderungsreform zu erwarten sei?

Ein Antrag des Genossen Grünhagen forderte die Vorlage einer Kapitalveranlagung schon für eine der nächsten Sitzungen. Bürgermeister Dr. Paal wies auf die schwierige Lage hin, die dadurch entstehen könnte, daß man von Berlin das einschlägige Material nicht erhalten könne. So schnell wie irgend möglich, werde die Vorlage aufgearbeitet werden.

Stadtver. Freichel (Deutsch.) trat für Berücksichtigung der Vorrede ein. Stadtver. Winter (Dem.) wünschte, daß man die Gruppe 4 nicht benachteilige und ihr, gleich den anderen Gruppen, Berücksichtigung gewähre.

Stadtver. Genosse Grünhagen

vertrat den gleichen Standpunkt. Vor etwa einem Monat sei der Magistrat mit der Aufstellung einer Beförderungsreform betraut worden. Es sei sehr wohl möglich gewesen, das notwendige Material zu beschaffen.

Bürgermeister Dr. Paal machte darauf aufmerksam, daß die Angehörigen der Gruppe 4 nach einer vorläufigen Abänderung ihrer Arbeitsverhältnisse leben können, was auch häufige Absätze. Deshalb sei eine größere Vorauszahlung nicht zweckmäßig.

Stadtver. Mahn (Unabh.) trat auch für die Angehörigen der Gruppe 4 ein. Seitdem die städtischen Behörden von Berlin aus keine Anweisungen erhalten, wäre ein Anstellungsvertrag eingeleitet. Der dem Rathaus heute auch während der Sitzungen die Sicherheit, durch den Verfall der Besoldung zu versichern, werden sei, daß dies nicht geschehen solle. Es kommt die Zeit, wo wir mit dem Magistrat abzurechnen werden. (Zuruf: Hebe.)

Bürgermeister Dr. Paal erklärte, daß er darauf verzichte, auf die Anträge des Herrn Mahn zu antworten. Die Beförderungsveranlagung sei gleich nach dem Beschluß in Aussicht genommen. Es seien große Vorarbeiten zu erledigen. Das preussische Gesetz sei erst vor wenigen Tagen angenommen worden. Das Reich und Preußen hätten vorzugehen müssen, weil viele Staatsbeamten von der Stadt übernommen sind. Die nicht schiedlicher gestellt sein wollen wie ihre reichsdeutschen Kollegen. Andererseits wollen die

Kommunalbeamten den übernommenen Beamten gleichgestellt sein. Als er die Beförderungsveranlagung heute am Rathaus gesehen habe, habe er sofort für deren Berücksichtigung plädiert. (Zur den Unabhängigen gewandt: Wir werden bald abtreten!)

Stadtver. Schmiljan (Dem.) betonte, daß die Beamten aus dem vom Bürgermeister angeführten Gründen den Gehalt haben, daß erst nach der Regelung in Deutschland die Regelung in Danzig geregelt wird. Er bedauerte außerordentlich die Vernachlässigung des Mahn gegen den Magistrat. Mahn mußte dafür bekommen, daß er etwas Schlimmes tat, wenn für die Annahme des Antrages Grünhagen ein und stellte den Antrag, den Verfassern ebenfalls Beförderungsveranlagung zu gewähren.

Stadtver. Jewelowski (Dem.) wunderte sich über das Verhalten des Herrn Mahn. Wo die Unabhängigen mitarbeiten können, verfügen sie stets. In den 20 Sitzungen des Steueraussschusses seien die beiden Vertreter der Unabhängigen nur zweimal erschienen. Diese beiden hätten jedoch überhaupt nicht mitgearbeitet. Das Benehmen Mahn verleihe die Würde des Hauses. Mahn sei über die unerhöhten Angriffe sehr erkrankt.

Stadtver. Dr. Thun (Zentrum) schließt sich diesen Worten seines Vorredners an. Für Menschen, die ehlich für ihre Lieberzeugung kämpfen, habe er die größte Hochachtung. Von dem Herrn Mahn könne er das nicht glauben. Wenn dieser jeden Abend seine gleiche Zeit habe, sei ihm das Schicksal der Arbeiter ganz gleichgültig.

Stadtver. Reumann (Z. M. D.) bedauerte die jedes Mal überhöhten Angriffe der Unabhängigen gegen den Magistrat und kennzeichnete sie als Wahnsinn. Nach Stadtver. Brunzen I (Deutsch.) spricht sein Bedauern aus. Diese Angriffe seien für die Allgemeinheit schädlich, da sie die Arbeitslosigkeit der Beamten untergrabe. Mit voller Langenfrist die Zwischenrufe der Unabhängigen überhöht, rief Brunzen: Herr Bürgermeister, verfügen sie nicht, es kommen wieder Zeiten, wo ihre Bemühungen anerkannt werden?

Stadtver. Mahn (Unabh.) sprach davon, daß das Niveau der Verleumdung herabgedrückt sei. Ihm antwortete schallendes Gelächter des ganzen Hauses. Schmiljan Anwesenden betrauerte diese Worte im Munde des Herrn Mahn als einen lapidaren Witz. Er führte aus, bei führenden Zentrumsleuten seien Hausjudungen nach Lebensmitteln erfolgt.

Stadtver. Gwert (Zentrum) erwiderte, daß nur durch die Kollegen des Herrn Mahn das Niveau der Verleumdung herabgedrückt werde. Die Arbeit des Magistrats verdiene Dank und Anerkennung. Danzigs Verwaltung werde durch diese Angriffe ihre besten Kräfte verlieren. Auf die fortgesetzten Zwischenrufe der Unabhängigen Mahn und Schmidt erklärte er ihnen, daß der anständige Charakter, nicht das große Maul, setze sich durch. Aus politischen Gründen habe man die Wohnung Szamers durchsuchen lassen, aber nichts gefunden.

Stadtver. Dr. Thun (Zentrum) erklärte nochmals, daß nach seiner ehlichen Lieberzeugung die Worte und Taten des Herrn Mahn nicht überreife seien.

Stadtver. Schmidt (Unabh.) sprach auch von der verletzten Würde des Hauses und stellte einen Schlußantrag, zog ihn aber schnell zurück, als sein Parteifreund Mahn des Wortes wünschte.

Stadtver. Mahn (Unabh.) wandte sich zunächst gegen den Demokraten Jewelowski, dem er sagte, er möge sich weniger an seiner Perle reiben. Fast konnte es zu Schilje (I) Dem Dr. Thun erwiderte Mahn, er tue nur das, was jeder katholische Pfaffe auch tue. Als A. dann einen Teil der Stadtverordneten „Gefindel“ nannte, erhoben sich die Bürgerlichen unter lautem Protest vor ihren Plätzen und verlangten Schluß der Sitzung. Es kam zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen Unabhängigen und Dr. Thun, wobei die unabhängigen Kulturträger so ziemlich alle Schimpfwörter gebrachten, die es überhaupt gibt. Mahn hatte sich dabei zwei Ordnungsrufe. Die Verhandlungen wurden unterbrochen. Es herrschte eine ungeheure Erregung im Saale.

Stadtver. Genosse Rejchski stellte deshalb den Antrag auf Verlegung der Sitzung.

Zwischen Himmel und Erde.

Roman von Otto Sudwig.

20) (Fortsetzung.)

Gegen Abend wurde die junge Frau plötzlich von zwei Männern mitten aus ihren Träumen geweckt. Sie sah umher die verschlossenen Schuppen im Gras. Frey war eben mit dem Bruder von der Hintergarde in den Schuppen getreten. Sie hörte, er zog den Bruder mit Wohlgefallen an. Anne sei die beste Partie in der ganzen Stadt und der Bruder ein Spitzhuhn, der die Welt kenne und die Art, die lange Haare und Schürzen trägt. Die Anne nähe schon an ihrer Kunst, und ihre Waden trügen die Heiligtümer Apollonius von Haus zu Haus. Die junge Frau hörte ihn fragen, wann die Hochzeit sei? Sie hatte sich entfremden wollen; sie vergaß es; sie vergaß das Atmen. Und darauf hätte sie fast laut aufgeschrien: Apollonius jagte, er heirate gar nicht, die Anne nicht, noch sonst eine.

Der Bruder lachte. „Denn hast du den Abend deiner Heimkehr nur mit der Anne getanz und sie heimbegleitet?“

„Mit deiner Frau hätte ich getanzt,“ entgegnete Apollonius. „Du warst nicht mit, deine Frau würde mir einen Korb geben, weil sie so unwillig auf mich war. Ich wollte nun gar nicht tanzen. Du brauchst mir die Anne, und wie du gingst. Fragst du sie, ob ich sie heim begleiten dürfte. Da kommt ich nicht anders. Ich habe nie daran gedacht, die Anne —“

„Zu heiraten?“ lachte der Bruder. „Nun, sie ist auch zum Speise hübsch genug und der Mühe wert, sie zu verwirren in dich zu machen.“

„Frey!“ rief Apollonius unwillig. „Aber es ist nicht dein Ernst,“ belästigte er sich selbst. „Ich weiß, du kennst mich besser; aber auch im Scherz soll man einem braven Mädchen nicht zu nahe treten.“

„Paß,“ sagte der Bruder, „wenn sie es hübsch ist. Was kommt sie uns ins Haus und wirft sich dir an den Kopf?“

„Das hat sie nicht,“ entgegnete Apollonius warm. „Sie ist brav und hat sich nichts Unrechtes dabei gedacht.“

„Ja, sonst hättest du sie zurückgewiesen.“ lachte Frey, und es lag Hohn in seiner Stimme.

„Wah! ich,“ sagte Apollonius, „was sie dachte? Du hast sie mit mir ausgegogen und mich mit ihr. Ich habe nichts getan,

was solche Gedanken in ihr wecken konnte. Ich hätte es für eine Lüge gehalten.“

Die Männer gingen ihren Weg wieder zurück. Christiana fiel es nicht ein, sie hätten auch auf den Gang kommen können, wo sie stand. Was von Offenheit und Wahrheit in ihr lag, war gegen ihren Gatten empört. Nicht die Worte hatten ihn belogen; er war selber falsch. Er hatte sie belogen und Apollonius, der so brav war, daß er nicht über die Anne spotten hören konnte, hatte auch ihrer nie gelippt. Alles war Lüge gewesen von Anfang an. Ihr Gott verfolgte Apollonius, weil er falsch war, und Apollonius brau. Ihr inneres Herz wandte sich von dem Verfolger ab, und dem Verfolgten zu. Aus dem Anruhr all ihrer Gefühle stieg ein neues, heiliges liegend auf, und sie gab sich ihm in der vollen Unbedingtheit der Unschuld hin. Sie kannte es nicht. Daß sie es nie kennen lernte! Sobald sie es kennen lernt, wird es Sünde. — Und schon rauschten die Fische durch das Gras, auf denen die ungeliebte Erkenntnis ruht.

Frey Reitermair mußte seine neue Scheidemauer aufbauen, ehe er den Bruder zu seinem Weibe führte. Deshalb kam er. Sein Gang war ungleich; er wählte noch und konnte sich nicht entscheiden. Er wurde noch ungewisser, als er vor ihr stand. Er sah, was sie fühlte, von ihrem Anblick; es war so ehrlich, um etwas zu verschweigen; es konnte zu wenig, wovon es sprach, um zu denken, es würde dies verbergen. Er fühlte, mit den alten Verleumdungen würde er nicht mehr bei ihr verzeihen. Er kannte sie über ihre Gefühle aufklären. Sie dann bei ihrer Ehre, bei ihrem vorläufigen Stolz lassen. Er konnte sie zwingen — mocht zur Verstellung? Zum Rennen? Zur Scheidung? Wenn sie einmal wußte, was sie wollte? Würde sie nicht zu sehr liegen; den Verfolger betrügen, das Gestohlene heimlich wieder nehmen, ist kein Verzug, kein Diebstahl? Das war es! Das Bewußtsein seiner Sünde verfallte ihm die Dinge, die Menschen. Er kannte das starke Ehrgefühl seiner Frau, wie die bis zum Gegenüber seine Unmöglichkeit des Bruders und er hätte beiden in allem getraut; nur in dem einen Punkte er ihnen nicht, wo er das Gefühl hatte, er habe es verdient, von ihnen betrogen zu sein.

So zog er doch den Weg vor, den er bis jetzt gegangen. Er machte einen kleinen Umweg über das „Hedersheimers Narrenheiten“. Er wußte, keine Lächerlichkeiten sind geschickter, eine

worden; Neigung zu vernachlässigen, als große Fehler. Er agierte Apollonius, wie er den Weg der er mit einem Blicke gemacht, noch einmal zurückging, aus Sorge, er könnte einen Funken verloren haben; wie es ihm bei Nacht keine Ruhe ließ, wenn ihm einfiel, er hatte bei seiner Arbeit keinen geschäftlichen Gegenstand vergessen, oder ein Arbeiter hätte das strenge Wort nicht verdient, das er, vom Drang der Geschäfte erhibt, gegeben; wie er aus dem Blicke aufgesehen, um ein Linal, das er im schiefen Winkel mit der Lichtkante liegen lassen, in den rechten zu rücken. Dabei strich und klickte Frey Reitermair sich eingebildete Federchen von den Ärmeln. Er sah wohl, seine Nähe hatte den verletzten Ernst. Gerührt dadurch, griff er zu stärkeren Mitteln. Er bedauerte die arme Anne, die Apollonius durch Scheinheiligkeit in sich vernarrt gemacht; und erzählte, auf nie gemeine Weise er sie öffentlich verspötte.

Auf den Wangen der jungen Frau war ein dunkles Rot aufgestiegen. Offene, naive Naturen haben einen tiefen Haß gegen alle Falschheit, vielleicht weil sie instinktmäßig fühlen, wie waffenlos sie vor diesem Feinde stehen. Sie älterte vor Frey, als er aufstand und sagte: „Du könntest das tun, du er magst.“

Frey Reitermair legte zusammen, was er sagte, und schloß die Schüssel, die voll Verachtung vor ihm stand, war etwas, das ihn entzifferte. Es war die Gewalt der Wahrheit, die Hoheit der Unschuld dem Sünder gegenüber. Er raffte sich mit Anstrengung zusammen. „Hat er dir das gesagt? Seit ihr schon so weit?“ preschte er hervor. Sie wollte nach dem Hause gehen; er hielt sie auf, sie wollte sich lockreiben.

„Alles hast du gelogen,“ sagte sie, „ich hast du belogen, mich hast du belogen. Ich habe gehört, was du vorhin im Schuppen mit ihm sprach.“

Frey Reitermair atmete auf. So wußte sie nicht alles. „Wah! ich es nicht?“ sagte er, indem sein Auge sich der Reinheit des Ichens gegenüber kaum autrecht hielt. „Wah! ich nicht, um deine Ehre zu verfluchen! Soll der Federchenjude dich betrachten?“ Noch drückte ihr Blick den seinen nieder. „Weißt du, was du bist? Frey ist doch, was eine Frau ist, die Ehre und Pflicht vergißt? An wen denkst du mit Gedanken, wie du mich an deinem Mann denkst?“

Bürgerium und Sozialdemokratie.

(Fortsetzung.)

auch so ein Opfer dieser gesellschaftlichen Ordnung werden das auch sie in den Existenzkampf hineingerissen werden. Darum hat sich mit Notwendigkeit der Arbeit derer, die in der Sozialdemokratie als der Fortkämpferin einer neuen Wirtschaftsordnung ihre Vertretung erblicken, immer mehr erweitert. Deshalb gehören zu uns nicht bloß die Handarbeiter der Industrie, sondern auch Landarbeiter, Kleinrentner, Handwerker, Anstaltliche, freie Berufe, Beamte, kurz alle Schichten, die bisher sich unter dem Schutze der Feudalgesellschaft, des Bürgeriums wohl fühlten. Heute prägen sich die Gegensätze der wirtschaftlichen Verhältnisse stärker als je zuvor aus. Nach der Einkommens- und Vermögensstatistik gab es in Danzig meistens solche Menschen, die vermögenslos sind. Wenn wir dann die kleinen Vermögen von den großen sondern, so finden wir keine Vermögen — dazu rechnen ich solche und ich rechne da schon sehr wohlwollend — bis zu 50.000 Mark — das sind 4000 Steuerzahler, die haben zusammen 80 1/2 Millionen. Die großen Vermögen, das sind die mittleren und großen Vermögen, das sind sehr wenige, Steuern zahlen zwar nur 1709 Personen, haben aber zusammen 828 Millionen. Wenn wir nun den Vermögenszuwachs in den letzten Jahren betrachten, finden wir 1895/96 von den Vermögen, die nicht als eine halbe Million betragen, 45 Personen in Danzig. Das steigt ganz langsam in die Höhe in den nächsten 17 Jahren. Am Ende des Krieges gab es 64 solcher Personen, heute gibt es nur 47 der Steuerzahler aber 97 Personen. Es hat also in den vier Kriegsjahren sich die Zahl dieser reichen Leute doppelt so stark vermehrt, wie in den vorangegangenen 17 Lebensjahren. Wenn wir die Einkommen betrachten, so finden wir, die überwälzende Masse hat übermäßige Einkommen, 58.000 Steuerzahler haben im Jahre 1919 ein Einkommen nur bis 5000 Mark und wenn wir die kleinen Einkommen auch noch etwas höher anrechnen bis 9000 Mark, so sind es 69.000 Steuerzahler. Diese stehen gegenüber 1170 Personen mit Einkommen über 9.500 Mark. Aber die große Masse der Steuererträge, die kommen von den kleinen Einkommen her. Wenn wir nun die Steigerung der Einkommen betrachten in den letzten 15 Jahren, so gab es in Danzig im Jahre 1905 nur vier Personen, die ein jährliches Einkommen von mehr als 100.000 Mark hatten. Das stieg in den nächsten 10 Jahren bis Ausgang des Krieges auf 10 Personen, also in zehn Jahren immerhin zweifelhafte Verdreifachung. Aber von 1913 bis 1918 in drei Jahren haben wir 60 Personen dieses Vermögens erhalten. Und nun erwähnen wir die große ungeliebte Masse der arbeitenden Bevölkerung, wie ungeliebt die gerade in diesen Kriegsjahren und später gelitten hat und leidet die Geschickten, daß die großen Vermögen und Einkommen sich in dieser Zeit unverhältnismäßig gesteigert haben. In dieser Zeit, in der immer gefordert ist, alle zusammen tragen die Lasten und jeder seinen Teil opfert, sehen wir eine kleine Schicht, die nicht gelitten hat, sondern im Gegenteil ihre Positionen verbessert hat. Meine Damen und Herren, wir großen aber nicht diese kleinen persönlichen an, wir bekämpfen nicht die Personen, sondern die Einrichtungen, nämlich diejenige, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, bei der dies möglich ist. Wir wissen auch alle, wieviel möglich viele es gibt, die nicht das sagen, was sie haben und was sie verdienen oder verdienen nicht ganz. Wie viele dieser kleinen und Revolutionsgewinne, die heute föhlich auf den Märkten, auf den Börsen, in den Bankkassensystemen gewonnen werden, wie viele, die sich schließlich jedem feineren Zugriff entziehen, gibt es noch. Das sind auch Wägen am Rande des Kapitalismus. Dies alles ist nur deshalb möglich, weil und das ist unser Grundfehler, Waren und Produktionsmittel ein Monopol besitzen und zwar unvollständig, je knapper diese Waren und Produktionsmittel sind. Wir erleben es heute, daß wir unsere Schiffe nicht besetzen können, und daß eine Aktiengesellschaft, die sich mit Petroleum abgibt, 40 Prozent Dividende an ihre Aktionäre verteilt. Das ist kein Schiff nicht, aber eine Dampfer-Schiffahrtsgesellschaft kann in einem Jahre ihr Aktienkapital verdoppeln. (Beif.) Lassen Sie nicht „Hul“, das würde ja so aussehen, als machten wir irgend einer der beteiligten Personen einen Vorwurf. Etwas Detaileres ist ja mir möglich auf Grund der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die wir zu überwinden streben und meine Damen und Herren, die auch überwunden werden muß! Fern das einzige, was wir um uns herum sehen. Die große wirtschaftliche Not, nicht bloß bei uns in den besetzten Ländern, sondern, wenn auch in geringerem Grade, in den Siegerländern, überall in Europa und darüber hinaus, das ist die große Krise, die den Übergangszustand bedeutet von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaftsordnung. Und wenn man uns immer wieder vorwarft: „Ihr laßt Euch korrumpieren, lehnt und ertäumt eine Zukunft, die nie sein wird“, dann antworten wir diesen: Wir sind bereits auf dem Wege dazu! Das sind eben die Kräfte, Lebensversicherungen, der Kapitalismus läuft sich selbst tot, wie es vorher gesagt war. Sozialdemokratie ist also die Herrschaft des Kapitals, der kapitalistischen Klasse und legen wir uns die Frage vor: können wir in diesem Sinne zur kapitalistischen Klasse? Ich glaube, die große Mehrheit derer, die hier versammelt sind, gehört nicht dazu, denn es sind ja doch wohl 80 oder 90 Prozent überall, die nicht haben, als ihre Hände oder ihres Kopfes Kraft. Wenn

also heute noch so ungeliebt viele Menschen, die zu der arbeitenden Klasse, dem Proletariat gehören, sich trotzdem noch durch Schlagworte „bürgerlich“ und „Bürgerium“ langweilen, was bedeutet nun für diese das Wort „Bürgerium“? Ich möchte meinen, weiter nichts, als einen Inbegriff von Vorurteilen, die noch gegen unsere Bewegung vorhanden sind. Es bedeutet weiter nichts als die Summe der großen Unkenntnis unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsgeschichte, bedeutet weiter nichts, als den Mangel an Einsicht in das, was unser ganzes Land heranzugeworfen und herbeigeführt hat.

(Fortsetzung folgt in nächster Nummer.)



Wähler, laßt euch nicht betrogen!

Wählerinnen und Wähler! Seht aufmerksam und mit offenen Augen am Sonntag zu dieser Wahl! Laßt euch nicht im letzten Augenblick um eure Stimme betrügen. Vor allem bedenk!

Es gibt nur eine einzige sozialdemokratische Liste: Dr. Alf. Gehl, Grönhagen, Brill

Obwohl die Unabhängigen sonst stets betonten, daß sie für die „Diktatur“ und die „Weltrevolution“ sind, hört man jetzt zum Wählerfange fast gar nichts mehr davon. Am Montag bezeichnet das unabhängige „Freie Volk“ auch schon die unabhängige Liste als die „Für alle Sozialdemokraten“. Wähler! Seht euch vor diesem unerhörten Wahlbetrug. Die Unabhängigen, die selber zu gut fühlen, daß ihnen in Danzig durch ihre vorkühnliche „Diktatur“ die Felle fortgeschwommen sind, werden diesen Schwindel mit dem Wort „Sozialdemokratie“ bis zum Wahltage noch viel frustrieller treiben. Darum laßt euch nicht betrogen! Haltet die Augen auf!

Und ihr, Genossen, verdoppelt eure Kraft bei der Aufklärungsarbeit bis zum 16. Mai! Eure Ehre muß durch die unlässliche niedrige Qualifikationsart der Unabhängigen zu den stärksten Anstrengungen geradezu aufgepeitscht werden. Am Montag empfahl das „Freie Volk“ noch die unabhängige Liste „Für alle Sozialdemokraten“. Am Dienstag druckt es als Vorwort in fettester Schrift die abgerundete schmuckige Wahlzettel: „Die bürgerlichen Parteien wollen sich mit Einschluß der mehrheitlich sozialdemokratischen Partei in einem gemeinsamen Kampfbündel gegen das Proletariat zusammenschließen“.

Genossinnen und Genossen, diese über alle Maßen dreiste Wohlthat kann nur eine Partei des höchsten Gewissens ausbehalten! Ihr müßt euch in dieser Sache schämen, wenn eine Partei, die selbst solche Mittel nicht verachtet, durch eure Lässigkeit auch nur im geringsten gefördert würde!

Sozialdemokraten! Es acht um eure Ehre und um Danzigs Zukunft. Arbeitet deshalb so, daß am 16. Mai kein einziger Wähler durch Unwissenheit einem reaktionären oder unabhängigen Wahlbetrug zum Opfer fällt!



Danziger Nachrichten.

Die nächste Volksvorstellung findet am Sonntag, den 16. Mai d. Ab., nur für die Bewohner der Vororte statt. Der Magistrat weist in seiner Bekanntmachung besonders darauf hin, daß nur über 16 Jahre alte Personen zur Vorstellung zugelassen werden und daß die Vorstellung pünktlich beginnt. Zuspätkommende werden erst in der nächsten Pause in den Zuschauerraum gelassen. Um den Besuchern einen ungetrübten Genuß zu verschaffen, müssen Störungen jeder Art vermieden werden.

Varieles Wintergarten am Himmelfahrtstage. Die durch die Grenzsperrung verursachten Schwierigkeiten im Danziger Ausflüßerverkehr werden dem Besuche des Etablissements zugute kommen. Denn auch hier findet das Publikum bei angenehmer Unterhaltung behaglichen Aufenthalt. Die Zusammenstellung des Programms findet beim Publikum ungeteilten Beifall. Die Akrobatenteufelungen, die Vortragsnummern, die Gesangsdarbietungen, die Dressurproben, alles bildet in allem ein hervorragendes Ganzes.

Geldwunderschleparatome wieder erlaubt. Für den inneren Verkehr des Reichsgebietes können Geldwunderschleparatome, Begehrung, um Telegramme fortan wieder angenommen werden. Im Verkehr mit Deutschland sind solche Telegramme noch nicht zugelassen.

Der Kreisturntag des 12. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Am Sonntag, den 8. Mai, in Elbing im Volkshaus. Wegen der Wichtigkeit war es nicht möglich, mit allen Vereinen Delegierte zu entsenden. Im Jahre 1919 hatte der Kreis einen Mitgliederstand von 324, am 1. Januar 1920 konnte er schon 1466 Mitglieder aufweisen. Jetzt ist die Zahl auf 2000 gestiegen. Dieses erfreuliche Anwachsen der Arbeiterturnbewegung im Osten wurde von allen Delegierten begrüßt. Neu hinzugeworrene Vereine wurden gemeldet aus Danzig-Grübude und Elbitz. Der Verein in Marienwerder ist wieder neu ins Leben gerufen. Der Kreis wurde in zwei Bezirke geteilt. Der 1. Bezirk bezieht sich auf den Vereinen Königsberg, Tilsit und Reidenburg, der 2. Bezirk auf den Vereinen Elbing, Danzig, Marienwerder und Danzig-Grübude. Der Kreisvorstand wurde neu gewählt und legt sich wie folgt zusammen: Müller-Elbing, Vorsitzender; Müller-Königsberg, Turnwart; Herrmann-Tilsit, Kassierer. Als Sportwart des Kreises wurde der Turngenosse von Danzig ausgewählt. Über die eingegangenen Kritiken der einzelnen Vereine kam es zu sehr lebhaften Debatten. Infolge der vorgezeichneten Zeit mußte der Vortrag des Kreisvertreter über Organisation und Agitation ausfallen. Es wurde noch von Seiten der freien Turnerschaft Danzig auf ihr Stützpunkt aufmerksam gemacht. Nach neunstündiger Verhandlung wurde der Kreisturntag mit einem Turnerklebe und einem dreifachen Frei Heil geschlossen. Fröhliche und genussreiche Stunden verlebten die Delegierten an dem zugleich stattgefundenen Stützpunkt des Elbinger Vereins.

Nach Beendigung des Festes konstituierten sich dann die Bezirke. Der 2. Bezirk hat folgenden Bezirksvorstand: Schmidt-Elbing, Vorsitzender; Böhl-Danzig, Turnwart; Julage-Elbing, Kassierer; Böhl-Danzig, Sportwart.

Derliche Parteinachrichten.

Offenführer und Stimmbezirksleiter.

Die Wählerlisten können auch morgen, am Himmelfahrtstag, von 8 bis 1 Uhr im Städtischen Wahlamt, Löpfergasse Nr. 1-3, abgelesen werden. Die Genossen werden erlucht, die noch nicht fertigen Listen vom Parteibureau abzuholen und sie fertigzustellen.

Verein Arbeiter-Jugend Ohra. Am Donnerstag, den 13. d. Mts. (Himmelfahrt), nachmittags 4 Uhr, Waldspiele. Leiter: Genossen Graf und Hoshacker. Um 4 Uhr Abmarsch nach dem Spielplatz bei Dreischweinstöpfe. Das Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist erwünscht.

Polizeibericht vom 12. Mai 1920. Verhaftet: 11 Personen, darunter 4 wegen Diebstahls, 8 wegen Hehlerei, 1 wegen Bettelns, 1 wegen Sachbeschädigung und 5 im Polizeihaus. Gefunden: 1 Straßbahnfahrkarte für Walter Tadda, 1 bezuglichen für Heinrich Kalkner, 1 Verkehrsloosenchein, 1 Zahnbürste, abgehoben aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums. — Verloren: 1 braunes Portemonnaie mit ca. 80 Mk., 1 buntes Portemonnaie mit 1 silbernen Damenuhr, gezeichnet G. J. nebst silb. Uhrarmband, Zettel, Schlüssel und Ausweis für Margarete Zöllner, abzugeben im Fundbureau des Polizeipräsidiums.

Das Standesamt I ist am 13. Mai zur Anmeldung von Todesfällen von 11 1/2 bis 1 Uhr geöffnet.

Todesfälle: Konditor Hieronimus Proczel, 80 J., 7 M. — Sohn des Ruffhofs Oskar Schlee, 9 M. — Sohn des Arbeiters Alex Dombrowski, 2 M. — Frau Theodora Kollpost geb. Sarnowski, 85 J., 11 M. — Witwe Johanna Geb. Seifke, 63 J., 10 M. — Frau Maria Schulz geb. Jęzga, 58 J., 9 M. — Arbeiterin Gertrud Schwente, 20 J., 11 M. — Arbeitersurke Hermann Kiel, 18 J., 8 M. — Frau Marie Linde geb. Ring, 73 J., 4 M. — Frau Adeline Wille geb. Rumsche, 51 J., 11 M. — Kontoristin Martha Tischbein, 17 J., 11 M. — Unheil. 1 Sohn, 1 Tochter.

Wassersstandsberichte am 12. Mai 1920.

Table with 4 columns: Station, yesterday, today, change. Stations include Famildorf, Warchau, Thora, Fordon, Gulin, Grauberg, Kurzebrak, Montauerpfote, Pielzel, Pilschan, Elmage, Schlemenhoff, Wolfsdorf, Krasch.

Des Himmelfahrtstages wegen erscheint die nächste Nummer unserer Zeitung am Freitag, den 14. d. Mts.

Chef-Redakteur Adolf Bartel. Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Bartel, für den unpolitischen Teil Georg Meißner und die Unterhaltungsbeilage Ernst Hoop. Für die Inserate Bruno Gwert. Druck in Danzig. Druck und Verlag J. Gehl & Co. Danzig.

Bekanntmachung.

Die Unfälle, an Häusern, Mauern, Zäunen usw. Plakate anzuschlagen, gibt mir Veranlassung, auf die Bestimmungen der Polizeiverordnung vom 5. Mai 1884 (Int.-Blatt Nr. 125) vom 6. September 1912 (Int.-Blatt Nr. 213) hinzuweisen, wonach in Danzig, Langfuhr, Neufahrwasser und Schidlich öffentliche Anzeigen nur an die zu diesem Zweck bestimmten Anschlagtafeln und Anschlagtafeln angeschlagen werden dürfen. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden, soweit sie nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen mit höheren Strafen bedroht sind, nach der angezogenen Polizeiverordnung mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit entsprechender Haft bestraft. Danzig, den 8. Mai 1920.

Der Polizei-Präsident. Fräuzel.

Speisefett.

Die für die Bororte aufgenessene Marke W der Speisefettkarte wird auch in der inneren Stadt von Sonnabend, den 15. Mai ab 62,5 Gramm Butter beliefert. Die Butterhändler der inneren Stadt erhalten die Bezugscheine für Butter am Freitag, den 14. Mai in der Zeit von 8 1/2 bis 12 1/2 Uhr in der Malherreabteilung, Löpfergasse 33. Danzig, den 11. Mai 1920.

Der Magistrat.

Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung der künftigen Freien Stadt Danzig.

Solche im Gebiet der künftigen Freien Stadt Danzig anlässigen Personen, die sich von Danzig als vorübergehend abwesend abgemeldet hatten und erst nach Ablauf der Einpruchsfrist zurückgekehrt sind, werden, auch wenn sie in die Wählerliste nicht eingetragen sind, sofern die Voraussetzungen der Wahlberechtigung nachgewiesen werden, zur Wahl zugelassen. Diese Personen wählen im Stimmbezirk Nr. 129. 129. Stimmbezirk.

Wahlraum: Städt. Gymnasium, Winterplatz. Wahlvorsteher: Polizeirat Hilbrandt. Stellvertreter: Polizeireferat Reinhardt. Danzig, den 10. Mai 1920. Der Magistrat.

Schwangeren-Fürsorge.

Beratungsstelle für schwangere Frauen und Mädchen Sandgrube 914. Die Beratung ist kostenlos. Sprechzeit: Jeden Freitag von 5-7 Uhr nachm., in besonderen dringenden Fällen: wochentags von 4-5 Uhr nachmittags bei dem Frauenarzt Dr. Kownacki, Gungfuhr, Hauptstraße 48, 2. Et. Jugendamt. (1046)

Höchstpreise für Flundern und Seringe.

Auf Grund des Gesetzes über Höchstpreise wird für das Gebiet der Freien Stadt Danzig das Folgende angeordnet:

§ 1. Frische Flundern sowie Vieles dürfen im Kleinverkauf nicht mehr als 2,30 M. das Pfd. und frische Seringe nicht mehr als 2,50 M. das Pfd. kosten. Geräucherte Flundern sowie Büchlinge dürfen nicht mehr als 2 M. 50 das Pfd. kosten.

§ 2. Die Höchstpreise in § 1 gelten bis 1. Juni 1920, bis zu welchem Zeitpunkt eine Neuregelung erfolgen wird.

§ 3. Uebertretungen der Höchstpreise werden nach dem Gesetz über Höchstpreise mit Gefängnis und Geldstrafe bestraft, auch werden Fische, die mit Uebertretung der Höchstpreise verkauft werden, zu Gunsten des Wirtschaftsamt für verfallen erklärt.

§ 4. Die Verordnung tritt am Freitag, den 14. d. Mts. in Kraft.

Danzig, den 11. Mai 1920. Das Wirtschaftsamt für das Gebiet der künftigen Freien Stadt Danzig.

Volkspflege.

Bewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft. Aktive Liste für Erwachsene und Kinder. Reichspolizeiverfall. Sterbefälle. Hauptamt in den Bureau des Arbeitergenossenschafts am 20. der Rechnungsführer 16 Danzig Bruno Schmidt, Mattheubuden 25.

1 Paar Sackhühner, 37 Stück zu verk. (7) Wertigasse 1 c. 3 Et. 1.

Raucher dank! Ich gehe, umgibt mit einigen Tagen das Rauchen ganz od. tollw. zu unterlassen. Amtl. beglaubigt. Wikt. verschaffen. Volle Kostg. unabh. d. Tag. Anrechnung. Ansuchen unentgeltl. Vorkaufhaus Urania München R. 14 W. abh. 2. 11.

Deuoux-Hörparaph.

Krassau Mik. 6. — Krassau Mik. 6. — Stromungsmik. 3. — Stromungsmik. 3. — wirken sicher und schnell bei allen jockenden Hautausschlägen. Achtzählender Adler-Apothek. Ohra. Telefon 1794.

Hörparaph. schnell hergestellt durch die Hörparaph. Dose 2,50 Mk. Fabrikant und Vertrieb Apotheker, Dresden, Gehrt. Zu haben in Danzig in der Engel-Apothek u. der Bahnhofs-Apothek. (1047)

Berlangen Sie die „Volkstimme“ in den Gemäßen!

